

ten Welt? Wie stellt man sich denn in der sogenannten Gesellschaft die Ordnung des Verhältnisses zur naturwissenschaftlichen, biologischen und medizinischen Forschung vor?"

Aus dem Rechenschaftsbericht des Rektors der Universität Ulm, Professor Dr. med. Ernst Friedrich Pfeiffer.

Betrügerei mit EDV-Daten

„Für 1500 Dollar konnten sich in den USA bis vor kurzem Bankrotteure, hartgesottene Schuldner und säumige Zahler von jedem pekuniären Makel reinwaschen lassen. Ein kalifornisches Ganoven-Syndikat hatte sich Zugang zu drei Großcomputern verschafft, in denen alle wichtigen Daten über das finanzielle Vorleben von 50 Millionen Amerikanern ohne Wissen der Betroffenen gespeichert worden waren, und hatte die Lochkarten von nicht kreditwürdigen ‚Kunden‘ gegen Honorar umfrisiert. Dieser Fall hat viele Amerikaner mit Schrecken erkennen lassen, in welchem Maße jeder einzelne US-

Münchener Merkur

Bürger im Netz der elektronischen Überwachung verstrickt ist und wie sehr der Datenschutz in den Vereinigten Staaten noch in den Kinderschuhen steckt.

Wollte sich irgendwo in den Vereinigten Staaten ein Autohändler oder ein Juwelier Klarheit über die Kreditwürdigkeit eines ‚bargeldlosen‘ Käufers verschaffen, so genügte ein Telex-Anruf: In Minuten-schnelle wurde entweder der Kredit-Lebenslauf oder nur ein Klassifizierungskürzel ausgedruckt. Die Bewertung reicht von ‚a 1‘ (absolut zuverlässig) bis ‚a 9‘ (Bankrotteur).

Ein Angestellter schmuggelte die Computer-Datenträger außer Haus. Anschließend wurden sie von den

Ganoven ‚frisirt‘: Das EDV-kundige Gangsterteam unter der Führung des Gebrauchtwagenhändlers Philip Kostoff tilgte die negativen Eintragungen auf den Lochkarten und fügte manchmal auch vorteilhafte Informationen hinzu. Waren die derart ‚verbesserten‘ Kredit-Poträts erst wieder im Rechner gespeichert, klassifizierte der getäuschte Computer einen ‚Bankrotteur‘ als ‚absolut vertrauenswürdigen‘ Kunden, und keine Bank hatte mehr Einwände gegen ein hohes Darlehen. Wenige Monate später waren die angeblich ‚zuverlässigen‘ Kreditnehmer jedoch stets mitsamt dem Geld oder der Ware spurlos verschwunden. . .“

Simon Winchester

„Weiter gemeinsam Kosten dämpfen“

Stellungnahme der Ärzteschaft zu der bis-Frage: „Was erwarten Sie von der neuen Legislaturperiode bzw. vom neuen Bundestag?“

„Nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Rolf Schlöggel, sollte der Gesetzgeber in der kommenden Legislaturperiode alle Maßnahmen unterlassen, von denen ein neuer Kostenschub im Gesundheitswesen und insbesondere in der sozialen Krankenversicherung erwartet werden kann. Er sollte darüber hinaus eine wohl abgewogene Lösung der ungleichgewichtigen Kostensituation beim Krankenversicherungsschutz der Rentner anstreben . . .“

Der Gesetzgeber sollte von allen Schritten absehen, die offen oder versteckt auf eine Aushöhlung oder auf eine Beseitigung des Systems der gegliederten gesetzlichen Krankenversicherung und der Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung durch freipraktizierende Kassenärzte hinauslaufen. Er sollte alles tun, um den freiheitlichen Spielraum der Partner in der sozialen Krankenversicherung voll zu erhalten. Der Tätigkeit der

Selbstverwaltung sollte ein möglichst großer Handlungsspielraum eingeräumt werden.

Die Bestimmungen des vom Vermittlungsausschuß gefundenen Kompromisses bei der Weiterentwicklung des Kassenarztrechts, de-

bonn im spiegel

nen bekanntlich sowohl der Bundestag wie der Bundesrat noch zustimmen muß, dürfen auf keinen Fall dazu benutzt werden, um etwa als Ansatzpunkte für die schrittweise allgemeine Einführung einer institutionalisierten ambulanten Versorgung der Kranken in der Bundesrepublik zu dienen. Der Gesetzgeber sollte die soziale Krankenversicherung nicht mit weiteren sachfremden Aufgaben belasten. Alle Verantwortlichen in Bund und Ländern sollten in der kommenden Legislaturperiode zunehmend ihre Bereitschaft zeigen, gemeinsam nach Wegen zur Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen zu suchen, anstatt den Schwarzen Peter hin und her zu schieben. Das gleiche gilt für die Gemeinsamkeit bei der Durchführung der zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Bundesverbänden der Orts-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftlichen Krankenkassen geschlossenen Empfehlungsvereinbarung, die ein Signal zur Beeinflussung der Kostensituation setzen sollte und gesetzt hat.

Die Arbeiten der kommenden Legislaturperiode auf den Gebieten der Gesundheits- und Sozialpolitik sollten der auf lange Frist geplanten Konsolidierung des erreichten hohen Standes der gesundheitlichen Betreuung und der sozialversicherungsrechtlichen Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik dienen, und nicht dem Versuch der Realisierung von in ihrer Wirkung nicht oder nicht ausreichend erprobten, ja anderenorts bereits wieder verlassenen, mehr programmatisch als sachlich bestimmten Vorstellungen.“